

„SPORT FREI“... DENKSTE!

Nun ist es amtlich: das Vereinssterben in Ueckermünde kann beginnen!

Für den finanziellen Ruin Ihres Vereins können Sie sich bei den folgenden Stadtvertretern bedanken, weil diese nicht gegen die Sportstättennutzungsgebühr gestimmt haben:

CDU:

Andreas Texter, Dr. Arnim Beduhn, Bernhard Radomski, Klaus-Dieter Erben und Petra Trinh

LINKE:

Kati Depoorter, Peter Kelbsch, Thomas Michaelis, Jürgen Schulz, Heike Bolduan und Manfred Quägber

SPD:

Gerd Rasche

Einzig die NPD-Fraktion positionierte sich von Anfang bis Ende geschlossen gegen das von oben herab be-



schlossene Vereinssterben. Zahlreiche alternative Sparvorschläge der Nationalen wurden abgeschmettert und die neue Satzung konnte vorerst nicht verhindert werden.

Doch wurde das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die NPD beantragte bereits, daß Thema während der Dezembertagung erneut zu behandeln. Da die Abstimmung im Juni mit 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen knapp ausging, besteht die Möglichkeit, daß einige Stadtvertreter, aufgrund der aussichtslosen Lage vieler Vereine, ihre Meinung ändern. Wenn nur drei

von den Stadtvertretern, die sich enthalten haben, Farbe bekennen würden und gegen die Satzung stimmen, ist die Gebühr vom Tisch.

Wehrt Euch!

Darum rufen wir hiermit noch einmal alle Vereine auf, mit den einzelnen Stadtvertretern zu sprechen, um diese auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Außerdem ist es wichtig, daß viele Sportler die Sitzung im Dezember (voraussichtlich am 15.12.) besuchen. Wahrscheinlich wird an diesem Tag die vorerst letzte Möglichkeit sein, die Horrorgebühr abzuwenden.

EINWEIHUNG DES SCHLOSSPRUNKBAUS – SCHLIESSUNG DES JUGENDFREIZEITZENTRUMS



Um an Geld zu kommen, scheinen sich einige Stadtvertreter und Rathausmitarbeiter für nichts mehr zu schade zu sein. Während man den Rathausanbau mit Sekt und Trompeten feiert, sollen soziale Einrichtungen dem Sparzwang zum Opfer fallen.

Seit nunmehr 11 Jahren besteht das Jugendfreizeit-zentrum in der Liepgartner Straße. Angeboten werden u.a. Klönecke, Computerraum (mit Internet für Groß und Klein), Spielraum, Tischtennisplatten, Tischfußball, Fahrradwerkstatt, Playstation, eine Küche und ein Außenbereich, der von den Jugendlichen in Eigenarbeit gepflegt und verschönert wird. Neben der Tüftelwerkstatt ist ein weiteres Gemeinschaftsprojekt in Zusammenarbeit mit dem Yachthafen entstanden, an dem 10 Kinder mitwirken. Täglich nutzen durchschnittlich 7-12 Jugendliche das umfangreiche Angebot. Jeder der selber Kinder

hat, sollte meinen, schönes Angebot, gute Betreuung – weiter so... Die Verantwortlichen der Stadt sehen das jedoch anders. Die Einrichtung soll – angeblich wegen zu hoher Kosten – dem Rotstift zum Opfer fallen.

Zu den erschreckenden Sparplänen äußerte sich Marko Müller (NPD):

„Während man auf der einen Seite die zunehmende Vergrößerung beklagt, werden die letzten Jugendangebote gestrichen. Für wenige einzusparende Euro sollen täglich 7-12 Jugendliche im Stich gelassen werden. Keiner macht sich Gedanken über die weitreichenden Folgen. Überläßt man Jugendliche ihrem eigenen Schicksal kann das Einöde und die Verkümmern sozialer Kompetenzen zur Folge haben. Über zunehmenden Vandalismus, welcher der Stadt dann noch teurer zu stehen kommt, braucht sich dann niemand zu beschweren.“

Jeder Euro, der dafür eingesetzt wird, auch nur einen jungen Menschen von der Straße zu holen, um ihn einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung unter Gleichgesinnten zuzuführen, ist es wert, für die Zukunft unserer Kinder eingesetzt zu werden.

Wenn so eine wichtige Einrichtung erst einmal geschlossen ist, gibt es kein zurück. Daher möchten wir an alle betroffenen Eltern und Jugendlichen appellieren, machen Sie sich für die Einrichtung stark und lassen Sie die Stadtverantwortlichen wissen, daß Sie diese Sparmaßnahme nicht mittragen werden!“

Auf Unterstützung durch die Altparteien brauchen Sie wie immer nicht zu zählen. Als das Thema das erste Mal im Sozialausschuß auf der Tagesordnung stand, fehlten von den 9 ständigen Ausschußmitgliedern ganze 5. Die sozialheuchelnde LINKE fehlte gänzlich, teilweise sogar unentschuldigt.

BÜRGERMEISTERIN BRAUCHT NICHT SPAREN

Heidi Michaelis wäre bereit, einen Fahrer zu akzeptieren, so lautete die Antwort auf eine Anfrage der NPD an die Stadtverwaltung.

Die Anfrage befaßte sich inhaltlich mit der Nutzung des Bürgermeisterdienstwagens und den damit verbundenen Kosten. Es stellte sich heraus, daß sich eine nicht unerhebliche Summe einsparen ließe, wenn Michaelis anstelle ihres Dienstwagens, ihren eigenen PKW nutzen und dafür eine Aufwandsentschädigung erhalten würde.

Für die NPD Grund genug einen entsprechenden Antrag während der Stadtvertretersitzung im Juni zu stellen. Die Verwaltung sollte prüfen, inwieweit eine dienstliche Nutzung des privaten Kraftfahrzeuges

durch die Bürgermeisterin von wirtschaftlichem Vorteil für die Stadtkasse wäre. Die einzusparenden Kosten sollten genau beziffert werden.

Marko Müller (NPD) machte deutlich, daß es keineswegs darum gehe, dem Stadtoberhaupt das Gefährt zu entziehen. Vielmehr sollte den Ueckermündern verdeutlicht werden, daß auch die Bürgermeisterin bereit sei, zu sparen.

Wie erwartet stimmten die selbsternannten Demokraten gegen den NPD-Antrag.

„Die Parteien des Verfalls haben einmal mehr deutlich gemacht, was sie von alter-

nativen Sparvorschlägen halten. Während man die Bibliotheksgebühren nahezu verdreifacht, um jährlich lächerliche 200 Euro einzusparen, wird unser Antrag abgelehnt. Die Nutzung des privaten PKW für Dienstzwecke hätte für die Stadtkasse eine erheblich höhere Ersparnis bedeutet. In anderen Städten funktioniert das seit Jahren.“

, so der NPD-Mann Marcus Neumann abschließend.



ERNEUTE DISKUSSION OHNE DIE BETROFFENEN

Während der Junisitzung beantragte die NPD, daß den vom Abriß betroffenen Mietern der Geschwister-Scholl-Straße 20a-c Rederecht in den Ausschüssen zu ihrem Problem gewährt wird. Zwischen-

zeitlich fand die erste Tagung zum geplanten Abriß statt. Wie zu erwarten war,

ohne die Betroffenen in nicht öffentlicher Sitzung.

Der nächste **BÜRGERSPRECHTAG** findet am 25.10.2011 im NPD-Bürgerbüro statt. Sie erreichen uns auch unter: 039771/ 544358 oder fraktion-uem@npd-mv.de



Klassenkampf im „Roten Butt“

Ende August wurde Gregor Gysi, einst Mitglied der Mauermörderpartei, von den LINKEN nach Ueckermünde in die Pommernyacht eingeladen. Obwohl Familie Wünscher sicher keine politischen Gedanken hegte, als sie ihrem Restaurant den neuen Namen „Roter Butt“ gab, spielte dieser bei der Wahl des Veranstaltungsortes vielleicht eine Rolle.

Viele Ueckermünder fragen nun, ob es sinnvoll war, die dunkelroten Horden, welche bekanntlich sitzenbleiben, wenn es um das Gedenken an die Mauertoten geht, in die renommierte Gaststätte einzulassen. Nicht das sich das bei den Klassenfeinden - Entschuldigung - bei den Urlaubern aus dem Westen herumspricht und diese demnächst einen großen Bogen um den „Roten Butt“ machen.

VG statt UEM

Mit der Kommunalwahl wurde kürzlich auch das Kfz-Kennzeichen für den neuen Großkreis bekannt

gegeben. VG für Vorpommern-Greifswald wird künftig auf dem Nummernschild zu lesen sein. Von den geplanten UEM-Nummernschildern, mit denen vor der Wahl Bürgernähe vorgetauscht werden sollte, ist nach der Wahl nichts mehr zu hören.



Mama wird's schon richten?

Noch bis vor wenigen Monaten kassierte die Stadt „Falschparker“ im Bereich des Alten Bollwerks kräftig ab. Nachdem Bürgermeistersohn Thomas Michaelis in einem Büro in selbiger Straße arbeitet, wurde die Verkehrsführung kurzer-

hand geändert. Das Parken ist nun in gekennzeichneten Flächen erlaubt. Eine Fläche befindet sich direkt vor der Bürotür von Thomas Michaelis.

Ein Schelm wer böses dabei denkt!

Ist Baurecht käuflich?

Bestechung und Korruption sind nicht nur in der großen Politik gang und gebe. Im Ueckermünder Bauausschuß bot ein Investor 50.000 Euro für die Genehmigung einer Solaranlage. Und siehe da, obwohl es im Vorfeld hitzige Diskussionen über das Für und Wider eines Solarparks in Ueckermünde-Ost gab, reichte der finanzielle „Anreiz“, um das Projekt zumindest durch den Bauausschuß zu mangeln.

NA ENDLICH – HEIDI MICHAELIS

UNTERSTÜTZT NPD-FORDERUNG

Kurz nach der Landtagswahl erklärte Bürgermeisterin Michaelis in einem Interview, daß sie künftig mehr Basisarbeit leisten wolle, um häufiger mit den Einwohnern ins Gespräch zu kommen. Die NPD-Fraktion begrüßt

diese Entscheidung. Die Nationalen forderten die Bürgermeisterin schon in einer vergangenen Sitzung auf, regelmäßige Sprechstunden außerhalb des Rathauses durchzuführen.